This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Fri Apr 26 5:53:26 2024 / +0000 GMT

Berliner Wohnungsbestand unzureichend und teuer

Seit dem vergangenem Jahr gibt es auf dem Berliner Wohnungsmarkt eine erhebliche Verknappung durch den starken Zuzug in unsere Hauptstadt und natürlich auch durch einen nur geringen Anteil von ca. 14 % im Ein- und Zweizimmer Wohnungsbereich. Die Einkommensverhältnisse der Verbraucher machen immer mehr Wohnungsumzüge in kleinere Wohnungen notwendig. Hier spielt auch die verfehlte Familienpolitik in unserer Gesellschaft eine wesentliche Rolle und schlägt sich durch fehlende, kleinere Wohnungen deutlich nieder. Mit knapp 1,9 Millionen Wohnungen und den sich darin knapp 7 Millionen enthaltenen Räumen, sind die Anteile von großen und kleinen Räumen nicht mehr zeitgemäß aufgeteilt. Die Drei- und Vierzimmerwohnungen stellen den fast größten Anteil mit knapp 70% dar. Der bisher geplante Wohnungsneubau ist völlig unzureichend und wird weiterhin zu einer Verknappung und Verteuerung der auf den Markt befindlichen Wohnungen führen. Monatlich zahlen die Berliner Mieter mehr als 1 Milliarde EUR Miete an die Eigentümer der Immobilien und in den meisten Fällen auch noch für marode Wohnungen, in denen nicht einmal eine ausreichende Strom- und Wasserversorgung oder vernünftige Heizungen installiert sind. Durch kluge Investitionen könnten kleine Wohneinheiten geschaffen werden und sogar Neubauten könnten errichtet und vermietet werden, um die Wohnungsnot derer zu lindern, die sich teure und große Wohnungen nicht mehr leisten können. Es ist eine sehr traurige Entwicklung, dass bei den Vermietern überwiegend nur hohe Einnahmen etwas zählen, um entweder die Eigentümer, Vorstandsmitglieder oder Aktionäre zu befriedigen. Der Mieter bleibt mit seinen Wünschen und Vorstellungen völlig hinterherhinkend und seine Aufgabe besteht nur darin, durch seine Mieteinzahlungen den Reichtum weniger zu mehren. Verbunden mit der desolaten Wohnungspolitik und Entwicklung in unserer Stadt einhergehend, ist die soziale Schieflage in den Außenbezirken und das in fürchterlichen Ausmaßen, die auf Dauer nicht gut gehen können und das schlimmste ist zu befürchten. Im Vorfeld unserer heutigen Mitgliederversammlung fordert unser Präsident noch in diesem Jahr eine Mietobergrenze einzuführen und gleichzeitig die Nebenkosten auf einen ortsüblichen Mittelwert von 2,80 EUR auf Dauer einzufrieren, damit die Eigentümer in angemessener Art und Weise an den Nebenkosten beteiligt werden, die sie zum Teil selbst verursachen. Nur so kann der soziale Friede auf Dauer in unserer Stadt erhalten bleiben und das auch nur dann, wenn parallel Arbeitsplätze geschaffen werden und die Sozialleistungen für die wirklich in Not geratenen Bürger in angemessener Art und Weise erhöht werden. Wenn diese Forderungen bei den politisch Verantwortlichen keinen Widerhall finden sollte, werden wir düsteren Zeiten entgegen sehen. Unser Präsident stützt diese Thesen auf die Tatsache, dass sich neue Parteien in unserem Land auf den Weg machen, den andere längst hätten beschreiten sollen, dann wäre vieles überflüssig geworden.

So manch ein Politiker hat die Illusion, alles regle sich in der freien Marktwirtschaft von selbst, ist sie frei?
Allein das stellt eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar und führt uns deshalb zu dem Zitat von Norbert Blüm:

?Illusionen gefährden die soziale Sicherheit.?